

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

CASTI-WERGENSTEIN

Anhängerzug auf Feldweg verirrt



Bei der Lieferung von Material nach Lohn hat sich am Mittwoch ein Lastwagenchauffeur auf einem Feldweg verfahren. Sein Anhängerzug blieb in einer Wendekehre stecken. Wie die Kantonspolizei Graubünden mitteilt, ist der aus der Ukraine stammende 61-jährige Chauffeur trotz signalisiertem Verbot für Anhänger an Lastwagen mit seinem Fahrzeug von Zillis-Reischen über die Schamserbergstrasse in Richtung Wergenstein gefahren. Bei Donat führte ihn das Navigationsgerät über Casti in Richtung Lohn. Kurz vor 16 Uhr blieb der ortsunkundige Chauffeur mit seiner 2,55 Meter breiten und 18,75 Meter langen Fahrzeugkombination in einer Kehre stecken. In einer aufwendigen Aktion mit zwei Bergungsfahrzeugen konnte der polnische Anhängerzug nach rund fünfteinhalb Stunden aus seiner misslichen Lage befreit werden. (red)

CHUR

Mit dem Mofa auf der Autobahn

Ein Senior hat sich gestern mit seinem Motorfahrrad auf die Nordspur der Autobahn A13 verirrt. Ein Mitarbeiter des Tiefbauamts konnte den auf dem Pannestreifen fahrende Mann anhalten, wie die Kantonspolizei mitteilt. Kurz vor 10.30 Uhr seien bei der Einsatzleitzentrale mehrere Meldungen zum Mofalenker eingegangen. Ein auf der A13 in Richtung Zizers fahrender Mitarbeiter des Tiefbauamts konnte den 78-Jährigen schliesslich mit Hupsignalen zum Anhalten bewegen. Die Polizei sowie der Mitarbeiter des Tiefbauamts brachten den Mann und sein Fahrzeug zurück nach Chur. (red)

POSCHIAVO

Neuer Präsident für Valposchiavo Turismo

Nach sechs Jahren verlässt Marcello Gervasi das Amt als Präsident von Valposchiavo Turismo (VT), da er eine neue berufliche Herausforderung ausserhalb der Valposchiavo angenommen hat. Auf Gervasi folgt Andrea Zanolari als Vertreter des Handels- und Gewerbeverbands Valposchiavo im Vorstand von VT. Zanolari ist seit mehreren Jahren CEO der Plozza Wine Group mit Sitz in Brusio und verfügt über ein starkes Netzwerk sowohl in der Schweiz als auch in Italien, den beiden wichtigsten touristischen Märkten der Valposchiavo. «Durch seine profunden Kenntnisse im Bereich des Marketings kann er VT wichtige neue Impulse geben», heisst es in einer Medienmitteilung. (fh)

VALS

Bonorand wird Jörger ablösen

Der neue Gemeindeschreiber der Gemeinde Vals heisst ab Juni 2021 Marco Bonorand. Wie die Gemeinde mitteilt, wird der 40-jährige in Ilanz aufgewachsene Tourismusfachmann zu diesem Zeitpunkt Reto Jörger ablösen. Dieser trete nach fast 40 Jahren Arbeitstätigkeit im Juni 2021 in den beruflichen Ruhestand. Der neue Gemeindeschreiber verfügt laut Mitteilung berufliche Erfahrung im lokalen Tourismusbereich. Zudem sei er auch während einiger Jahre in der Volksrepublik China tätig gewesen. Bonorand wird seine Arbeit in Vals laut Mitteilung am 1. März 2021 aufnehmen. (red)

«Haben uns vom Bundesrat mehr Mut erhofft»

Die Bündner Lehrerschaft freut sich über die Wiederaufnahme des Präsenzbetriebs an den obligatorischen Schulen. Bedauert wird jedoch das Fehlen von gesamtschweizerischen Regelungen.

mit Sandra Locher Benguerel sprach Hans Peter Putzi

Montag, 11. Mai: An diesem Tag soll so etwas wie Normalität in den obligatorischen Bündner Schulen zurückkehren (siehe auch Seite 4). Die Bündner SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel ist Lehrerin und Präsidentin des Verbands Lehrpersonen Graubünden (Legr). Zudem sitzt sie in der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). Im Gespräch schaut sie voraus auf den 11. Mai.

Frau Locher Benguerel, begrüsst der Legr die Wiederaufnahme des Präsenzbetriebs?

Viele Eltern legten die letzten Wochen Wert auf diszipliniertes Lernen zu Hause. Andere konnten ihre Kinder weniger unterstützen. Jeden Tag, an dem kein Präsenzunterricht stattfindet, geht die Bildungsschere weiter auf. Wir sind darum sehr erleichtert über diesen Entscheid. Zudem erhält die Lehrerschaft wieder die ganze Verantwortung für die Ausbildung zurück. Auch der soziale Austausch zwischen Schüler- und Lehrerschaft ist wieder besser möglich.

Die Kantone dürfen die Wiedereinführung des Präsenzunterrichts nach eigenem Gutdünken organisieren.

Der Legr hätte eine einheitliche nationale Lösung befürwortet. Nun ist zu befürchten, dass ein Flickenteppich über die Schweiz gelegt wird. Die Kantone werden unterschiedlichste Regeln in Bezug auf Schulbeginn, Hygiene- und Sicherheitsmassnahmen erlassen.

Sie selbst haben in der WBK eine mehrheitsfähige Motion für ein national koordiniertes Vorgehen lanciert. Diese Kommissions-Motion ist am Mittwoch-Abend wieder zurückgezogen worden. Warum?

Der Bundesrat hat zu meinem Bedauern am Mittwoch wenig Mut gezeigt. Er überlässt das Ausarbeiten der Regeln den Kantonen. Aufgrund der bald anstehenden Wie-



Nationalrätin und Lehrpräsidentin Sandra Locher Benguerel: «Die Bündner Schulen werden die Umstellung wieder gut meistern.» Bild Olivia Aebli-Item

deraufnahme des Betriebs in den Klassenzimmern wäre die Behandlung der Motion im Parlament zu spät gekommen. Daher der Rückzug.

Wie begründeten Legr und WBK den Wunsch nach einheitlichen Regeln?

Wir erachten es als falsch, wenn Maturitätsprüfungen oder die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts nicht schweizweit harmonisiert sind. Mit der Motion wollten wir eine nationale Chancen- und Rechtsgleichheit für alle Schülerinnen und Schüler sicherstellen. Auch mit Sicht auf das nächste Schuljahr.

Das Bündner Erziehungsdepartement möchte rasch zu einem normalen Schulbetrieb zurückkehren. Ist dies realistisch?

Auch der Legr begrüsst ein Schulbetrieb im Rahmen des regulären Stundenplans. Doch am 11. Mai wird nicht sofort Normalität herr-

schen. Es braucht Mut und Geduld, um vielleicht dann per neues Schuljahr im August wirkliche Normalität erleben zu können. Oder sogar noch später.

Der Bundesrat sieht davon ab, Distanzvorschriften zu erlassen.

Das ist in unserem Sinne. Ein Schulunterricht mit einer 2-Meter-Abstands-Regel wäre erstens aus organisatorischen Gründen kaum umsetzbar. Die Einführung eines Halbtagesbetriebs wegen zu kleiner Schulräume kann ich mir nicht vorstellen. Zweitens wären

«Es braucht Mut und Geduld. Am 11. Mai wird nicht sofort Normalität herrschen.»

Distanzvorschriften mit Blick auf Pausenplatz und Schulweg eine Regel voller Widersprüche.

Werden alle Lehrerinnen und Lehrer vor ihre Klassen treten?

Die meisten bestimmt. Möglicherweise müssen einige wenige Angehörige von Risikogruppen zu Hause bleiben.

Wie werden diese ersetzt?

Durch Stellvertreterinnen und -vertreter, wie dies im Rahmen des üblichen Schulunterrichts gelöst wird. Ich könnte mir vorstellen, dass Kollegen ihre Teilzeitpensen aufstocken. Im Notfall wäre die frühzeitige Rekrutierung von Abgängern der pädagogischen Hochschule denkbar.

Jetzt bleibt nur eine gute Woche für die Umsetzung. Ist dies genug Zeit?

Es ist eine Herausforderung. Für das kantonale Erziehungsdepartement, die Schulleitungen und die Lehrerschaft. Aber der Kanton hat den Schulen schon am 24. April erste Checklisten zugestellt. Im Wissen der Erfahrungen der letzten Wochen bin ich darum positiv gestimmt.

Sie sprechen die letzten Wochen an. Wie sieht die Bilanz des Legr aus?

Erfreulich. Die Lernbereitschaft der Schüler und Schülerinnen war hoch, das Verständnis der meisten Eltern ebenso. Auch die Lehrerschaft ist zusammengestanden und hat jederzeit mitgezogen. Die Schule wird für die Zukunft hoffentlich Profit aus diesen Wochen ziehen können.

Ihr Fazit: Ist Graubünden als Kanton für die digitale Schulkunft gerüstet?

Im Bereich der Ausstattung besteht Nachholbedarf. Nicht die gesamte Schülerschaft verfügt über Computer oder Tablets. Für regelmässiges digitales Lernen müssen alle Gemeinden für alle Schülerinnen und Schüler Geräte beschaffen. Da die obligatorische Schule unentgeltlich ist, müsste die öffentliche Hand diese Kosten übernehmen.

Moser weist Kritik zurück

Der Gemeindepräsident von Vaz/Obervaz, Aron Moser, wehrt sich gegen den Vorwurf, die Gemeinde berücksichtige die einheimische Bauwirtschaft zu wenig.

von Hans Peter Putzi

Die Gemeinde Vaz/Obervaz erneuert und erweitert ihre Hauptschulanlage im Zentrum der Lenzerheide. Mehrere einheimische Unternehmen tun in diesem Zusammenhang ihr Missfallen über die Vergabe der Bauarbeiten kund («Südostschweiz» vom 28. April).

«Als öffentliche Bauherrschaft untersteht die Gemeinde den Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungswesens», äussert sich Gemeindepräsident Aron Moser im Nachgang dazu. Massgebend für die Festlegung, ob man sich in

der regionalen Gesetzgebung oder in der überregionalen nach den WTO/GATT-Verträgen bewege, sei das Bauvolumen. «Mit Projektkosten von 11,1 Millionen Franken liegt die Erweiterung der Schulanlage über dem Schwellenwert von 8,7 Millionen», so Moser weiter.

Daher sei die Gemeinde verpflichtet gewesen, die Arbeiten im sogenannten offenen Verfahren auszuschreiben. Dies führte dazu, dass viele auswärtige Betriebe Offerten einreichten und die Aufträge auch zugesprochen erhielten.

Die Gemeinde nutze den gesetzlich möglichen Spielraum aus, in-

dem sie die sogenannte Bagatellklausel anwende, ergänzt Moser. «Diese schreibt vor, dass maximal 20 Prozent des gesamten Bauwerks mit einem anderen Verfahren ausgeschrieben werden kann.»

Es sei aber nicht möglich gewesen, die Arbeiten für die Sanitär- (300 000 Franken) oder Elektroanlagen (über 600 000 Franken) unter der Bagatellklausel auszuschreiben. Die Auftragssummen seien gemäss Gesetzgebung zu hoch, das offene Verfahren Pflicht.

Moser hält zudem fest: «Den Zuschlag hat jeweils das wirtschaftlich günstigste Angebot er-

halten. Dies muss nicht immer das preislich tiefste sein.» Bei den bisher durchgeführten Arbeitsausreibungen seien dort, wo es Sinn mache, neben dem Preis weitere Zuschlagskriterien wie Referenzen, Qualität oder Termine vorgegeben worden.

«Auch die Gemeinde hätte lieber mehr regionale Firmen beauftragt», zeigt Moser Verständnis für die unzufriedenen Unternehmer. Andererseits habe sich gezeigt, dass mit den gewählten Offerten der bewilligte Kredit bis heute eingehalten werden könne, was den Steuerzahler freuen werde.